

~~Bitte nun~~
~~Rückschritt!~~ VdU
KVV
1470

Im folgenden ein Informationsbericht über den außerordentlichen Landesverbandstag des VdU Steiermark (31. 1. 1954)

=====

Landesverbandsobmann S c h w e i g e r behandelte in seinem Referat die Gründung des VdU in Salzburg und leitete dann auf die scheinbare Aufwärtsentwicklung des VdU bis 1949 über. Daß diese Entwicklung nur eine scheinbare war, habe sich nicht nur bei den Wahlen im Jahre 1949, sondern auch am 22. 2. 1953 klar erwiesen. Es sei zu erkennen gewesen, daß die Mandatszahl von 16 Mandaten im Jahre 1949 nur mehr auf mehr oder weniger unzufriedene und solche Wähler zurückzuführen war, die nicht wußten, wem sie ihre Stimme geben sollten. Die nach den Nationalratswahlen im Jahre 1949 zutage getretenen Auseinandersetzungen in der Bundesführung des VdU und zum Teil auch in den Landesverbandsleitungen erweckte bei vielen Wählern nicht nur Mißtrauen, sondern auch den Ausspruch: "Der VdU wisse nicht, was er wolle."

Es stellt sich nun die Frage: Was sei zu tun?

Es sei nun der Zeitpunkt gekommen, wo sich der VdU entscheiden müsse: "So oder So!" Dies um so mehr, als das NS-Problem keinesfalls mehr aktuell ist.

Man könne heute ruhig behaupten, daß der VdU die erste Etappe seines Programms - Durchbrechung des NS-Gesetzes und die deutsche Frage - erreicht habe, es gelte daher in die zweite Etappe einzutreten und diese ebenfalls erfolgreich zu bestehen. Der VdU müsse von der Parole, "das Zünglein an der Waage zu sein", weggehen und eine zielstrebige Partei werden, die weiß, was sie will. Unter Berücksichtigung der von Schweiger entworfenen 7 Hauptpunkte müsse das bereits bestehende Programm des VdU ans Licht der Öffentlichkeit gerückt werden. Die politischen Gegner müssen - politisch gesehen - zusammengeslagen werden, damit die Wähler dereinst wieder sagen könnten: der VdU hat das richtige Programm und nicht die Fehler der Gegner begangen, d.h., der VdU müsse ein konstruktives Ziel haben und dieses auch verfolgen.

Landesverbandsobmann Herbert Schweiger führte nun im einzelnen die 7 Punkte seines politischen Konzeptes an, die der Bundesleitung zur Behandlung vorgelegt werden sollen:

Punkt 1) a) Das nationale Bekenntnis,

b) eine neue soziale Ordnung,

c) Einigung der Völker,

d) eine neue demokratische Staatsform und

e) eine neue Wirtschaftsordnung.

Zu a) Österreich ist ein deutscher Staat. Seine Politik muß dem gesamten deutschen Volk dienen und nicht gegen einen zweiten deutschen Staat gerichtet sein (Beifall).

Zu b) Eine soziale Ordnung im Rahmen der Volksgemeinschaft. Der schaffende Mensch muß Mittelpunkt der Gesellschaftsordnung sein.

Zu c) Einigung der europäischen Völker in wirtschaftlicher, militärischer und politischer Hinsicht, Gleichberechtigung des deutschen Volkes (Beifall).

Zu d) Forderung nach Wahl des Führerprinzipes.

Zu e) Das Kapital und die Wirtschaft sind Mittel zur sittlichen Entwicklung des Volkes im Rahmen der staatlichen Volkswirtschaft.

Punkt 2) Umbenennung des Vereines "Verband der Unabhängigen" in "Nationale Arbeiterpartei" (NAP). Hierzu führte der Redner aus, daß der alte Name nicht mehr tragbar sei und nichts mehr zum Ausdruck bringe. Der neue Name soll dem VdU (NAP) jene Prägung geben, die notwendig ist, um ihn in das Volk eindringen zu lassen. Es sei die besondere Aufgabe, die Marxisten in Österreich zu bekämpfen und den schaffenden Arbeiter zurückzugewinnen, d.h. in verstärktem Masse in die Betriebe einzubrechen. (Bezugnahme auf die 41% parteilosen Betriebsräte).

Punkt 3) Schaffung eines Symbols als Ausdruck des politischen Willens, als Symbol wird die Lebensrunne vorgeschlagen.

Punkt 4) Trennung der Parteiführung von den Klubs (Klubs im Nationalrat, Landtagen und Gemeinderatsklubs). Die Parteiführung hat das Primat. In diesem Zusammenhang übte der

Redner Kritik über die Bundesleitung, die es bisher unterlassen habe, ein Propaganda- und Organisationsreferat zu bilden.

- Punkt 5) Verringerung der Zahl der Mitglieder der Bundesleitung auf 5 Personen, wobei jedem einzelnen Mitglied die speziellen Aufgabenbereiche zuzuweisen seien. Der Sozial-, Gewerbe-, Frauen-, Agrar- und Jugendreferent könnte eine Person sein.
- Punkt 6) Errichtung eines Propaganda- und Organisationsreferates und Unterstellung der Presse unter das Presse-, bzw. Propagandareferat. An der Wochenzeitung "Der Alpenruf", Presse des "Verbandes der Unabhängigen", übte der Redner ebenfalls Kritik.
- Punkt 7) Völlige Änderung der bisherigen parlamentarischen Politik des VdU:
- a) keine Bindung zu anderen Parteien,
 - b) bedingungsloser Kampf gegen die beiden grossen Regierungsparteien,
 - c) Verzicht auf billige politische Erfolge im Parlament und weitgehendste Einschränkung der bisher gehabten Interventionsmethoden.

Die Ausführungen wurden von den Anwesenden mit starkem Beifall aufgenommen.

Stendebach nahm im Namen der Bundesleitung zu den 7 angeführten Punkten Stellung. Er persönlich hätte gegen dieses Programm nichts einzuwenden, sofern kleine, von ihm vorzuschlagende Änderungen berücksichtigt würden.

Gustav Griesmayer aus Baden-Württemberg, Deutschland, sprach als Gastredner ausschließlich über die inner- und außenpolitischen Verhältnisse Deutschlands seit dem Jahre 1945. Über Österreich sprach G. nichts. Gustav Griesmayer gehört nach eigenen Angaben dem Vorstand des im Jahre 1953 neugegründeten "Gesamt-Deutschen-Blockes" an, der als Symbol das Brandenburgertor führt.

Der Antrag auf Abhaltung einer Diskussion wurde einstimmig abgelehnt, der Antrag auf Änderung der Statuten zurückgezogen.

Der Fall Dr. Stüber wurde nur mit wenigen Worten erwähnt.

Als Gäste waren erschienen:

Nat.Rat Präsident H a r t l e b ,

Nat.Rat K a n d u t s c h ,

LA. S t r o h m a i e r ,

LA. S c h e e r .

- o - o - o - o - o -

Informationsbericht über die Gründungsversammlung der
"Freiheitlichen Sammlung Österreichs" (Dr.Stüber)
=====

Am 31. Jänner 1954 fand die Gründungsversammlung der FSÖ statt, die von Dr. S t ü b e r eröffnet wurde.

Dr. U r s i n schilderte die Vorgänge, die zum Bruch mit der VdU-Bundesleitung und zur Gründung der FSÖ führten und erklärte, daß es möglich sei, daß man ihm und Dr. S t ü b e r vorhalten würde, daß sie ja von den Mißständen im VdU schon früher hätten wissen müssen und trotzdem nichts dagegen unternommen hätten. Es stimme wohl, daß er schon seit längerer Zeit gewußt hätte, daß Dr. K r a u s und die übrigen VdU-Bonzen alles andere denn eine nationale Politik verfolgen, daß sie sich aber immer wieder gedacht hätten, daß es über kurz oder lang möglich sein müsse, diesen Leuten die Spitze zu brechen. Man könne von Dr. K r a u s , dessen nationales Fühlen und dessen Ehrhaftigkeit durch die Verhaftung des Reichsarbeitsführers H i r l und des Reichsarbeitsbeauftragten B a n d wohl hinlänglich gekennzeichnet erscheine, nichts anderes verlangen. Weniger bekannt und ihm selbst erst kürzlich zu Ohr gekommen dürfte es jedoch sein, daß Dr. K r a u s Listen von arisierten Betrieben angefertigt habe und diese einer jüdi-

schen Organisation verkaufte. Bei diesen Worten wurden Zwischenrufe wie "Ami-Agent", "Judensöldling, Schwein u.dgl." laut. Dr. S t ü b e r und er hätten bis zum letzten im VdU ausgeharrt, um die Interessen der Nationalen zu vertreten. Sie hätten sich nie gescheut, dies offen zu bekennen, aber gerade deshalb sei besonders Dr. STÜBER bei der Bundesleitung in Ungnade gefallen und man habe gegen ihn ein Inquisitionsgerichtsverfahren in die Wege geleitet. Da aber weder Doktor STÜBER noch er die Absicht hätten, sich mit den politischen Schmutzfinken von Schwarz und Rot an einen Tisch zu setzen, hätten sie weiter nicht geschwiegen, was letzten Endes auch zu ihrem Ausschluß aus dem VdU geführt hätte.

Auf Grund der sodann durchgeführten nicht geheimen Wahl wurde folgender Bundesvorstand gewählt:

Bundesobmann:	Dr. Fritz URSIN (1 Stimmenenth.)
1. Stellvertreter:	Dr. Alexander SCHUSTER (6 Stimmenenth.)
2. Stellvertreter:	NIEDERMAIER (2 Stimmenenth.)

Abschließend wurde die Bundesleitung en bloc gewählt:

Finanzreferent:	Reg. Rat RICHTER
Org. Referent:	Dr. DOPPLER
Pressereferent:	Dr. STÜBER (1 Stimmenenth.)
Propagandareferent:	Karl PETER
Schriftführer:	Dr. GUSSENBAUER.

Dr. STÜBER setzte sich im folgenden mit den derzeit aktuellen politischen Problemen auseinander und ging in erster Linie auf die derzeit in Berlin tagende Aussenministerkonferenz ein. Er betonte u.a., daß der britische Aussenminister E d e n ein Fünf-Punkteprogramm der Konferenz vorgelegt habe, in dem der Zusammenschluß Deutschlands gefordert werde. Dr. STÜBER meinte, daß dies die Engländer weitaus billiger hätten haben können, wenn sie im Jahre 1945 eine vernünftiger Politik betrieben hätten. Die Vernunft käme nun sehr spät. C h u r c h i l l , der die Hauptschuld an dieser Entwicklung trage, werde dereinst

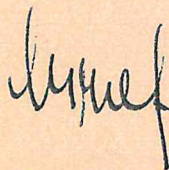
in die britische Geschichte als Totengräber der Nation eingehen. Die Engländer seien Europa im Kampf gegen die asiatische Gefahr in den Rücken gefallen und hätten sich so als Verräter am europäischen Gedanken gezeigt. Nur durch die Steigbügelhalterdienste Englands sei es dem Bolschewismus möglich gewesen, in Europa festen Fuß zu fassen. Die FSÖ fordere, daß kein Quadratmeter deutschen Bodens preisgegeben werde und wenn der bestimmt sehr ehrenhafte Nationalrat GSCHNITZER letztthin im Parlament eine Anfrage bezüglich Südtirol gerichtet hätte, dann möchte er ihn daran erinnern, daß sein Parteifreund und damaliger Außenminister Dr. GRUBER Südtirol und damit Österreich verraten habe. Dr. STÜBER befaßte sich anschließend mit dem Problem der Volksdeutschen und Heimatvertriebenen und richtete auch in dieser Hinsicht scharfe Angriffe gegen die Regierung und besonders gegen die SPÖ. Er forderte u.a. die Beseitigung der NS-Gesetzgebung und des damit verbundenen Unrechtes, die Aufhebung des Klubzwanges in den gesetzgebenden Körperschaften, eine Änderung der Verfassung, Erhöhung der Rechte der Minderheit im Parlament, Förderung des deutschen Volkstums, Kampf gegen jeglichen schädlichen Einfluß ausländischer Bräuche und Sitten, Kampf zur Wiederherstellung der Rechte der Volksdeutschen und Heimatvertriebenen.

Unter den sieben bereits erwähnten Bundesländer-Vertretern befand sich ein gewisser H a w l i t s c h k a , der Obmann des "Nationalen Volksblockes" aus Oberösterreich, der geschlossen der FSÖ beigetreten ist. Auffallend war das Fehlen des Bundesjugendführers des BHJ T s c h u g m e l l und insbesondere das Fehlen von K a c e r o v s k y und seines gesamten Anhanges (Gruppe WINTER). Im Saal befand sich außerdem ein Vertreter des "Deutschen Bundes" namens MEISSNER (Westdeutschland).

Trotz der einstimmigen Annahme des Programms herrschte keineswegs allgemeine Zufriedenheit. Besonders wurde kritisiert, daß die Arbeiterfragen und sozialen Probleme sehr stiefmütterlich

behandelt worden waren. Die Teilnehmer setzten sich aus allen Bevölkerungsschichten zusammen, wobei aber der Kreis der Akademiker in den Vordergrund trat. Altersmäßig hat die FSÖ derzeit hauptsächlich die sogenannte Frontgeneration erfaßt. (350 Teilnehmer).

Mit Partei-Gruß!

A handwritten signature in dark ink, appearing to be 'K. K. K.' or similar, written in a cursive style.

Herrn
Generalsekretär
NR Dr. Alfred M a l e t a

W i e n I.
Kärntnerstraße 51